



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

Juni 2023

Kleben ist kein Verbrechen - Solidarität mit der „Letzten Generation“



Kundgebung am 1. Juni im Arrivati-Park, Foto: Christiane Schneider; mehr auf Seite 3

Redaktionsschluss für die Juli-Ausgabe:
Freitag, 30.06.2023

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

BMV 15.6./ Veranstaltung David	S. 2
Kleben is not a crime	S. 3
„Hafertreff“ eingeweiht	S. 3
Soziale Wohnungswende nötig	S. 4
Wahlbeobachtung Türkei	S. 7
1 Mai bei Hagenbeck	S. 8
Semra Ertan-Platz für St. Pauli!	S. 8
Sonnige Friedenskundgebung	S. 9
Preisverleihung Woche des Gedenkens	S. 10
Unser neues Lastenrad	S. 12
Solidarische Stadt – Flyer Mehmet	S. 13
Termine / Kontakt	S. 15

Einladung zur Bezirksmitgliederversammlung

am **Donnerstag den 15.06.2023 um 18:30 Uhr** in den Räumen der Alevitischen Gemeinde am Nobistor 33-35 (Nähe S Reeperbahn); Zugang mit kleiner Stufe, WC barrierefrei zugänglich

Liebe Genoss:innen,

seid hiermit herzlich eingeladen zur Bezirksmitgliederversammlung am 15.06. um 18:30 Uhr.

Vorschlag zur Tagesordnung:

- 18:30 Uhr Konstituierung
- 18:45 Uhr Vorbereitung und Planung der Europa- und Bezirkswahl 2024
- 20:15 Uhr Pause
- 20:30 Uhr Vorbereitung des Landesparteitags am 24./25. Juni 2023
- 21:45 Uhr Verschiedenes
- 22:00 Uhr Ende

Die Europaparlaments- und Bezirkswahlen 2024 (voraussichtlich am 9. Juni) klopfen an die Tür. In einer Zeit, in der die soziale Lage der großen Mehrheit erheblich verschlechtert wird und der Klassenkonflikt sichtlich an Dynamik gewinnt, weltweit. Während in der Ukraine weiter gestorben werden soll mit immer mehr Waffen, verdienen sich manche eine goldene Nase, nicht zuletzt mit Fracking-Gas. Die von Seiten des „Westens“ ausgestoßenen Staaten formieren sich zunehmend zu einer Gemeinschaft und bauen unabhängige Strukturen auf. Teile und herrsche funktioniert nicht mehr. Was machen wir?

Bei den letzten EU-Wahlen 2019 hat die Partei sich dafür entschieden, es mit der neoliberalen, militaristischen und weithin undemokratischen EU aufzunehmen, um grundsätzliche Veränderungen anzustreben und anzustoßen, die ihr den Charakter eines antifaschistischen Friedensprojektes tatsächlich angeeignet lassen. Der Versuch einer Aufweichung dieser Kritik unter dem Schlagwort „Republik Europa“ wurde zurückgewiesen. Auf

Bezirksebene haben wir in intensiver Vorarbeit ein Programm erarbeitet, mit dem wir im Herzen der weltverbundenen Hafen-Metropole, hier in Hamburg-Mitte, große Fragen mit bezirklichen Vorhaben verbunden haben, was uns ein überdurchschnittlich gutes Ergebnis eingebracht hat. Hier ist das Programm zu finden:

<https://www.linksfraktion-hamburg-mitte.de/>

Wie wir die anstehenden Wahlen wieder, auf neuer Stufe und mit neuer Entschiedenheit, für Aufklärung und die Erhöhung der Ambitionen in der Bevölkerung nutzen, im Kampf gegen Kapitalmacht, AfD und noch weiter Rechts, das wollen wir diskutieren und auf den Weg bringen. Daraus ableiten wollen wir dann auch einen Aktions- und Zeitplan, für den euch der Bezirksvorstand noch einen Vorschlag machen wird.

Im zweiten Teil der BMV wollen wir uns der zweiten Tagung des 8. Hamburger Landesparteitags der LINKEN zuwenden, die am Samstag, den 24. Juni 2023 und am Sonntag, den 25. Juni 2023, jeweils ab 9:00 Uhr im "Haus des Sports" in Eimsbüttel stattfindet. Hier haben wir unter anderem die Gelegenheit, unsere Anliegen mit Änderungsanträgen an das Hamburger Rahmenwahlprogramm zur Bezirkswahl zu verallgemeinern. Den aktuellen Stand schicken wir euch ebenfalls noch zu. Solltet ihr Probleme haben, an eure Mails zu kommen, aber euch dennoch beteiligen wollen, meldet euch gerne unter: 0176 79 44 54 42

Mit solidarischen Grüßen,

Nilufer Aydin und Alexander Benthin i.A. des Bezirksvorstands DIE LINKE Hamburg-Mitte

Veranstaltung am Donnerstag **8. Juni 2023**, 19:00 Uhr:

In den Schoß gefallen:

Wie Reiche sich vor der Erbschaftssteuer drücken

Reiche zahlen **kaum Steuern** bei Erbschaften. Warum ist das so?

Allein zwischen den Jahren 2009 und 2020 wurde aufgrund von Privilegien bei Unternehmenserbschaften ein **Volumen von 429 Milliarden Euro** nicht versteuert, wodurch der Staat auf rund 85,8 Milliarden Euro verzichtete. Die Gründe dafür sind vielfältig: Hohe Freibeträge, Erbschaften durch Minderjährige, Schonvermögen bei Unternehmenserben oder die Gründung von Stiftungen.

Julia Jirmann, Autorin der Studie „Steuerprivilegien bei Erbschaften und Schenkungen. Auswirkungen auf die Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland“, referiert über die Ungerechtigkeiten bei der Erhebung von Schenkungs- und Erbschaftssteuer und gibt einen Ausblick auf potentielle Alternativmodelle.

Eintritt frei!

Rathaus Hamburg, Raum 151
Veranstalter: David Stoop, MdHBü

Kleben is not a crime Kinder haften für ihre Eltern!

Immer häufiger hört man in den Nachrichten von Hungersnot durch Dürre- und Hitzeperioden oder Verwüstungen durch Stürme und Überschwemmungen. Oft trifft es jene, die am wenigsten zur Erderwärmung beitragen und sowieso schon von den emissionsstarken Ländern ausgebeutet werden.



Gösta Beutin spricht, Foto: Christiane Schneider

Der Klimawandel liegt nicht in der Zukunft, sondern richtet jetzt schon auf der ganzen Welt enormen Schaden an. Wissenschaftler:innen warnen bereits seit Jahren und Aktivist:innen versuchen die Politik durch Demonstrationen auf das Thema aufmerksam zu machen - doch die Regierung überhört sie.

Die letzte Generation möchte sich das nicht weiter gefallen lassen. Durch zivilen Ungehorsam versuchen sie mehr Druck auf die Regierung

Einweihung des neuen Quartiershauses Haferblöcken 48.

Zukünftig soll das aus öffentlichen Mitteln finanzierte Holzhaus den Namen „Hafertreff“ tragen und von der Johann Wilhelm Rautenberg Gesellschaft betrieben werden – mit einer Vielzahl von Angeboten für die Anwohner:innen im neuen Quartier. Die Übergabe des symbolischen Schlüssels erfolgte durch Bezirksamtsleiter Ralf Neubauer und Finanzsenator Andreas Dressel; Auch die Kommunalpolitik war anwesend.

Unter anderem fanden sich viele interessierte Menschen aus Billstedt, Mümmelmannsberg, Schiffbek bis Öjendorf ein, sowie mehrere aus Vereinen und Jugendeinrichtungen aus der Region, wie ich in vielen Gesprächen feststellen konnte. Mehr unter: <https://www.jwrg.de/aktuelles/>

Maureen Schwalke/besel



Linksaktiv Mitte war gut vertreten Foto: CS

auszuüben. Doch anstatt auf die Forderungen einzugehen, fällt denen nichts Besseres ein, als bundesweite Razzien bei den Klimaaktivist:innen der letzten Generation durchzuführen. Doch Klimaschutz ist kein Verbrechen und die Aktivist:innen der letzten Generation sind keine gefährlichen Terrorist:innen. Die Reaktion der Regierung ist ein Angriff auf die Demokratie und die Versammlungsfreiheit. Deshalb solidarisierten wir uns bei einer Kundgebung mit den Klimaaktivist:innen im ArrivatiPark!

Linksaktiv

Der Polizeiaufmarsch dort mit mindestens 20 Mannschaftswagen und zwei Wasserwerfern ließ den Willen zur Repression deutlich erkennen. Sollten die Klimakiller doch etwa ängstlich sein? besel



Die Eröffnungsfeier am 13. Mai, Foto: MS

Soziale Wohnungswende gegen „Wohnangst“ nötig

Von Michael Joho, Referent bei Heike Sudmann, MdHB



Davon könnten wir viel mehr brauchen! (Foto: M. Joho)

Das letzte Mal hatte ich über die bezirkliche Wohnungsbauentwicklung im „MitteN Mang“ vom Oktober 2021 geschrieben. Manchmal frage ich mich bei solchen Rückblicken, wann es wohl mal besser werden würde. Leider muss ich erneut feststellen: Hinsichtlich der Wohnungsversorgung der Haushalte mit geringem oder auch längst mittlerem Einkommen hat sich die Lage weiter verschärft. Und die weiteren Aussichten sind derzeit noch trüber. Nicht zufällig titelte die „Hamburger Morgenpost“ am 24. Mai auf der ersten Seite: „Hamburger in großer Sorge. Wohnangst“. Danach hat eine repräsentative Umfrage der HASPA ergeben, dass für 52 Prozent der Interviewten „der Wohnungsbau das mit Abstand wichtigste Zukunftsthema der Stadt sei noch vor Verkehr, Klimaschutz und Bildung“

(<https://www.mopo.de/hamburg/die-grosse-angst-der-hamburger-ihre-miete-nicht-mehr-bezahlen-zu-koennen/>). DIE LINKE sollte sich das also auch weiterhin zu Herzen nehmen, nicht zuletzt mit Blick auf die Wahlen zu den Bezirksversammlungen in ziemlich genau einem Jahr.

Mietpreisbindungen bei Sozialwohnungen

Jüngst veröffentlichte Große Anfragen an den Senat haben neue Daten über die Wohnungssituation in Hamburg geliefert. Ich konzentriere mich hier mal auf die in der jüngeren Vergangenheit im 1. Förderweg entstandenen Sozialwohnungen, die für tausende Haushalte die einzige Möglichkeit darstellen, eine halbwegs zufriedenstellende Wohnung nutzen und bezahlen zu können.

Da, anders als von der LINKEN gefordert und in Wien realisiert, geförderte Wohnungen nur einer *befristeten* Mietpreis- und Belegungsbindung unterliegen, endet diese nach einer gewissen Zeit. Bis 2018 gab es in Hamburg nur eine 15jährige Bindungslaufzeit, 2019 ist sie vom Senat für neu errichtete Sozialwohnungen des 1. Förderweges auf 20 Jahre verlängert worden, die SAGA hat für ihre Neubauten sogar eine 30jährige Laufzeit eingeführt. Nach Ablauf der jeweiligen Bindungsfrist

zählen die betreffenden Wohnungen zu den nunmehr frei finanzierten Wohnungen, unterliegen keiner Mietpreisbindung mehr und können nach „marktgerechten“ Preisen angeboten werden, selbstverständlich unter Einhaltung der gesetzlichen Kappungsgrenzen und der so genannten Mietpreisbremse. So oder so, die Erfahrungen vieler Haushalte belegen, dass nach Bindungsauslauf die Mieten besonders kräftig anziehen, bei der SAGA und den Wohnungsgenossenschaften übrigens mit dem langfristigen Ziel, für ihre Wohneinheiten den mittleren Wert des Mietenspiegels zu erreichen.

Der Wegfall von Mietpreisbindungen ist für die betroffenen Mieter:innen natürlich ein Problem, weil die steigenden Wohnkosten das Portemonnaie noch stärker belasten. Insofern sollte gerade für DIE LINKE der Umstand, dass geförderte Mietwohnungen aus der Bindung herausfallen, immer ein Alarmzeichen sein, erst recht, wenn sich eine solche Entwicklung in bestimmten Quartieren gehäuft abzeichnet. Denn eine Alternative, also die Chance, eine günstigere Wohnung zu finden, ist in Hamburg gleich Null. Ganz abgesehen davon, dass ein Wohnungswechsel zumeist auch mit einem Verlust an Kontakten und Heimatgefühl einhergeht.

Bindungsausläufe im Bezirk Hamburg-Mitte

Schauen wir uns also an, welche Entwicklung die Bindungsausläufe im Bezirk Hamburg-Mitte in den kommenden Jahren nehmen werden. Der Blick in die Tabelle macht deutlich, dass die

Stadtteile unterschiedlich betroffen sind, wobei die Zahl der auslaufenden Bindungen immer auch ins Verhältnis zu den vorhandenen Sozialwohnungen gesetzt werden sollte. In Borgfelde z.B. gab es Ende 2022 noch 314 Sozialwohnungen, von denen keine einzige bis 2030 herausfallen wird; in der noch jungen HafenCity sind es im-

merhin 706 Wohneinheiten, für acht davon endet die Bindung 2027. Ganz anders dagegen sieht es beispielsweise in Hamm, Neustadt, Rothenburgsort und Wilhelmsburg aus: Hier werden in den kommenden Jahren 30 bis 50 % der gebundenen Wohnungen wegfallen.

Anzahl mietpreisgebundener Wohnungen des 1. Förderweges (Sozialwohnungen) mit Bindungs-ende im Bezirk Hamburg-Mitte¹ zwischen 2023 und 2030²

	Bestand Ende 22 ³	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030	Bindungsausläufe gesamt
Altstadt	165	0	25	0	0	0	0	0	5	30
Billstedt	5.274	165	1.193	1.030	459	69	400	275	84	3.675
Borgfelde	314	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Finkenwerder	575	50	64	0	50	48	97	72	55	436
HafenCity	706	0	0	0	0	8	0	0	0	8
Hamm	1.279	65	39	47	54	253	0	54	58	570
Hammerbrook	570	0	0	0	0	0	0	14	0	14
Horn	2.339	35	133	0	122	0	175	228	52	745
Neustadt	992	0	47	0	0	96	0	193	23	359
Rothenburgsort	1.024	108	0	6	120	20	0	0	82	336
St. Georg	850	88	40	48	9	5	49	10	13	262
St. Pauli	1.522	0	10	117	111	50	39	11	116	454
Veddel	530	0	0	0	202	113	0	0	0	315
Wilhelmsburg	4.979	93	16	176	252	462	612	43	97	1.751
Bez. Mitte gesamt	21.119	604	1.567	1.424	1.379	1.124	1.372	900	585	8.955

Besonders dramatisch sieht es für die Veddel (Wegfall von 59,4 % = minus 315 Sozialwohnungen), Billstedt (69,7 % = minus 3.675) und Finkenwerder (75,8 % = minus 436) aus. Und wenn dann noch die ausgelaufenen Bindungen der Jahre 2011 bis 2022 mit in Betracht gezogen werden, dann wird die ganze Dimension erst so richtig klar: In diesem Zeitraum hat z.B. Billstedt bereits 5.322 gebundener Wohnungen verloren, Wilhelmsburg 2.932, Horn 1.804, St. Pauli 912, Neustadt 862, St. Georg 402, Finkenwerder 354, Rothenburgsort 175, Altstadt 101, Veddel 98, Borgfelde 81, Hamm 49. Im ganzen Bezirk Hamburg-Mitte sind zwischen 2011 und 2022 bereits 13.092 Bindungsfristen abgelaufen.⁴

¹ In allen nicht erwähnten Stadtteilen des Bezirks (Billbrook, Borgfelde, Kleiner Grasbrook, Steinwerder, Waltershof) gibt es keine öffentlich geförderten Wohnungen, jedenfalls fallen keine aus einer etwaigen Mietpreisbindung bis 2030 heraus.

² Zusammengefasst aus der Senatsantwort auf die Große Anfrage der Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft zu „Zahlen und Daten zu Wohnungsbau, Wohnungsmarkt, Mietpolitik und SAGA“ vom 19.5.2023 (Drs. 22/11721. Anlage 3), im Netz unter https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/83618/zahlen_und_daten_zu_wohnungsbau_wohnungsmarkt_mietenpolitik_und_saga.pdf.

³ Siehe Anmerkung 1, Anlage 2.

⁴ Aus der Senatsantwort auf eine Große Anfrage von SPD und GRÜNEN zur „Bilanz des sozialen Wohnungsbaus in Hamburg“ (Drs. 22/11579 vom 9.5.2023, Anlage3), im Netz unter https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/83458/bilanz_des_sozialen_wohnungsbaus_in_hamburg.pdf.



Der Elbtower, eine einzige Verschwendung von Baukapazitäten: Hier entsteht jedenfalls kein sozialer Wohnraum! (Foto: M. Joho)

Bindungsfristen verlängern, Sozialwohnungen neu bauen!

Nun könnte ja die Frage gestellt werden, was denn der Senat den rapide rückläufigen Sozialwohnungen vor allem auch in den Stadtteilen entgegengesetzt hat, in denen hunderte wenn nicht gar tausende Mietpreisbindungen ausgelaufen sind. Einerseits gäbe es ja die Möglichkeit, *Bindungsfristen zu verlängern*, indem solche quasi gekauft werden. Zurzeit können Laufzeiten um 10 (im Einzelfall wohl auch um bis zu 20) Jahre verlängert werden, wenn Hauseigentümer:innen dies zulassen bzw. beantragen. Sie bekommen „für eine modifizierte Verlängerung der Bindung“ eine staatliche Unterstützung von 1,50 Euro pro Quadratmeter Wohnraum.⁵ Doch diese Bindungsverlängerungen sind in den vergangenen Jahren nur sehr langsam in Fahrt gekommen, 2021 waren es gerade mal 578.⁶

⁵ Mehr dazu hier:

<https://www.ifbhh.de/foerderprogramm/bindungsverlaengerungen>.

⁶

<https://www.hamburg.de/contentblob/16863256/f97c0e3a21cc9b5495fb7f1a6a90e120/data/bilanz-der-wohnraumfoerderung-2022.pdf>.

Die andere Möglichkeit ist natürlich der *Neubau von Sozialwohnungen*. Doch ausgerechnet damit sieht es in Hamburg, gemessen am Bedarf, schlecht aus, in 2021 und 2022 noch schlechter als in den Vorjahren. Laut den jährlich erscheinenden „Wohnungsbauberichten Hamburg“ sind 2017 und 2018 noch jeweils mehr als 2.000 neue Sozialwohnungen entstanden, 2019 und 2020 lagen die Zahlen sogar über 3.000, 2021 waren es dann nur noch 1.563 und 2022 lediglich 1.986 Baufertigstellungen im 1. Förderweg. Breche ich die Hamburger Zahlen mal auf den Bezirk Mitte runter, dann sind hier zwischen 2019 und 2022 genau 4.677 Mietpreisbindungen weggefallen,⁷ im selben Zeitraum aber nur 3.172 Sozialwohnungen neu errichtet worden.⁸ Das heißt, dass die Stadt auch im Bezirk Mitte nicht einmal die weggefallenen gebundenen Wohnungen durch Neubauten ausgeglichen hat, und das trotz steigender Wohnbevölkerung.

Weiter wachsender Mangel an Sozialwohnungen

Die Perspektive ist leider außerordentlich bitter, zumindest wenn die völlig unzureichende (Sozial-) Wohnungspolitik des Senats so anhält oder gar noch mangelhafter wird. Im Bezirk Hamburg-Mitte werden – wie die Tabelle veranschaulicht – zwischen 2023 und 2030 nahezu 9.000 Sozialwohnungen aus der Bindung herausfallen. Wenn die Stadt weiter so wenig Sozialwohnungen baut wie in 2022 (nämlich knapp 2.000), dann würden in den kommenden acht Jahren gerade mal 16.000 Wohneinheiten neu entstehen, in ganz Hamburg! Gleichzeitig, also zwischen 2023 und 2030, werden in der Stadt insgesamt 34.410 Sozialwohnungen aus der Mietpreisbindung herausfallen,⁹ von einem Bestand, der Ende des Jahres 2022 genau 77.343 Sozialwohnungen ausmachte.¹⁰ Und dies trotz des Umstandes, dass mit Stand von Dezember 2021 rund 35 Prozent (= 339.000 Haushalte) Anspruch auf eine Wohnung des 1. Förderweges haben.¹¹

⁷ Siehe Anmerkung 1, Anlage 3.

⁸ Siehe Anmerkung 1, Anlage 5.

⁹ Eigene Berechnungen. Siehe Anmerkung 3, Anlage 3.

¹⁰ Siehe Anmerkung 1, Anlage 1.

¹¹ Laut der Senatsantwort auf eine Große Anfrage der Linksfraktion zur Hamburger Wohnungspolitik, Drs. 22/6523 vom 21.12.2021 (Nr. 8), im Netz unter https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/78002/hamburger_wohnungspolitik_bestand_und_entwicklung_des_1_und_2_foerderweges_und_des_sogenannten_drittelmixes_in_den_104_stadtteilen.pdf.

Vor diesem Hintergrund wird klar, dass die soziale Wohnungswende für Hamburg mehr als überfällig ist. Wir sollten *in allen Bezirken, in jedem Stadtteil* darum kämpfen, dass dem Abbau von

mietpreisgebundenem Wohnraum Paroli geboten wird und dass überall der Neubau von Sozialwohnungen Vorrang haben muss.

Wahlbeobachtung der Parlaments- und Präsidentschaftswahl in der Türkei

Wie bereits zu Wahlen zuvor, flog eine Hamburger Delegation nach Amed/Diyarbakir, um die HDP bzw. ihrer Nachfolgerin YSP während der Wahl zur Seite zu stehen und durch internationale Beobachter:innen mediale Aufmerksamkeit auf Unregelmäßigkeiten zu richten. Bevor wir die Reise in die jeweiligen Wahlbezirke antraten, bekamen wir letzte Anweisungen in Amed und wurden durch eine kämpferische Rede der Spitzenkandidatin motiviert.



Am Wahltag besuchte meine Gruppe bestehend aus drei internationalen Beobachter:innen, einem Wahlbeobachter der HDP sowie zwei lokalen Beobachter:innen der Lehrer:innengewerkschaft, insgesamt zehn Wahllokale im Bezirk Silopi. Dabei durften wir bis auf das letzte Lokal alle

betreten. Während des Verlassens des ersten Wahllokals in Silopi Dicle wurden unsere Personalausweise kontrolliert und fotografiert. Derselbe Polizist verwehrte uns den Eintritt in das zehnte Wahllokal in Silopi Yenisehir. Dort wurden wir nach dem verwehrten Einlass für eine halbe Stunde festgehalten. Unsere Ausweise wurden eingezogen und fotografiert. Grund dafür war eine angebliche Anweisung des Innenministeriums, die aber offiziell zurückgenommen wurde.

Im Wahllokal Caliskan gab es Unregelmäßigkeiten auf einigen Listen. Als wir dort kurz vor 12 Uhr ankamen, konnten wir beobachten wie sehr viele junge Männer in Bussen zum Lokal gebracht wurden. Es stellte sich heraus, dass es sich dabei um Soldaten handelte, die in Zivil gewählt haben. Circa 40 junge Männer warteten vor dem Büro 1193. Die Adressen auf den Wahlzetteln lauteten "Vattan Caddesi" und waren auch den lokalen Wahlbeobachtern unbekannt. Nachdem wir uns den Raum näher ansahen, wurden wir von einigen älteren Männern umzingelt. Die Situation

konnte nicht geklärt werden. Als wir das Wahllokal verließen betraten jedoch fünf uniformierte Soldaten das Gebäude.

Generell konnten wir wiederholt beobachten, wie Angehörige der Polizei oder des Militärs uniformiert in vielen Wahllokalen waren, teilweise auch wählten. Aus Medienberichten erfuhren wir, dass Soldaten teilweise mehrfach abstimmen konnten, da sie ihren Stimmzettel nicht abgaben und durch eine Sonderregel nicht an ein Wahllokal gebunden sind.

Die euphorische Stimmung vom Wahltag und dem Vorabend verzog sich jedoch, als die türkischen Staatsmedien einen klaren Sieg Erdogans prognostizierten. Zwar fielen die Prognosen für den Autokraten im Laufe des Abends immer kleiner aus, der Wahlsieg war ihm trotzdem nicht zu nehmen. Trotzdem steckten die kurdischen Freund:innen den Kopf nicht und den Sand und begannen schon am nächsten Tag mit der Fehleranalyse, um sich auf die Stichwahl vorzubereiten.

Am 7.6.2023 veranstaltet das Tatort Kurdistan Café im Centro Sociale (Sternstraße 2) eine Diskussionsveranstaltung zur Wahl in der Türkei mit den Berichten der Delegation und der HDP-Kovorsitzenden Leyla Imret.

Patrick Walkowiak



1. Mai bei Hagenbeck:

Der **Tag der Arbeit** begann frühmorgens mit einem erneuten Warnstreik eines Großteils der Beschäftigten des Zoos. Wiederholt wird gefordert, dass der Betriebsrat Einblick in die Gehaltslisten der Beschäftigten bekommt.

Die Geschäftsführung ist - trotz zweimaliger - Urteile des Arbeitsgerichtes gegen sie weiterhin nicht zur Offenlegung ihrer Lohnpolitik bereit - und "verpflichtete" kurzerhand Beschäftigte der Buchhaltung dazu, die Kassen des Tierparks zu öffnen. Warnstreik und Kassenöffnung wurden von ihr mit "Sicherheitsabstand" beobachtet.



GenossInnen des Bezirkes Mitte und die beiden LandessprecherInnen unterstützten die Aktion und fuhren dann gemeinsam zur DGB Mai-Demonstration

Verena Brachvogel

Ein Semra-Ertan-Platz für St. Pauli

Semra Ertan war Poetin, Arbeiterin und politische Aktivistin.

Am 26. März 1957 wird sie in der türkischen Hafenstadt Mersin als eines von fünf Kindern geboren. Sie absolviert die Grund- und Realschule in der Türkei. Mit 14 Jahren - 1971 - zieht sie zu ihren Eltern nach Kiel. Diese waren einige Jahre vorher als sogenannte "Gastarbeiter" von der Bundesrepublik als Arbeitskräfte angeworben worden.

Die Ablehnung gegenüber als türkisch gelesenen Menschen erreicht in den 1980er-Jahren einen sichtbaren Höhepunkt. Ausdruck findet sie beispielsweise in der Gründung der „Hamburger Liste für Ausländerstopp“, welche türkische Arbeitsmigrant*innen für gesellschaftliche Probleme wie Kriminalität, Arbeitslosigkeit und knappen Wohnraum verantwortlich macht. Diese von ehemaligen NPD-Funktionären gegründete Partei tritt 1982 bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg an, wo Semra Ertan mittlerweile lebt. In ganz Deutschland kommt es in dieser Zeit zu Brand- und Sprengstoffanschlägen gegen türkische Geschäfte, Einrichtungen und Wohnungen

Die Diskriminierungen, die Semra Ertan erlebt, sind vielschichtig – sie überlagern sich also ge-

genseitig. Sie wird benachteiligt, weil sie keine Deutsche ist. Sie erfährt Ablehnung, weil sie eine Frau ist. Und auch innerhalb der türkischen Community wird sie ausgegrenzt, weil sie Teil der arabischsprachigen alevitischen Minderheit ist. Semra Ertan fühlt sich als Mensch zweiter Klasse. Und beginnt, sich gegen diese Umstände zu wehren. Sie nimmt an Demonstrationen teil und dolmetscht ehrenamtlich bei Behördengängen für Nichtdeutschsprachige. Das Schreiben wird ebenfalls zu ihrer Art des Aktivismus. In ihren Gedichten richtet sich die Autorin gegen Rassismus, Sexismus, Klassismus und diskriminierende Zuschreibungen.

Und immer wieder appelliert sie an Solidarität und den Mut zum Widerstand.

Doch im Jahr 1982 zieht Semra Ertan schließlich Konsequenzen aus der alltäglichen Diskriminierung. Sie ist verzweifelt und opfert dem Kampf gegen Rassismus und diskriminierende Zuschreibungen ihr Leben. In einem Anruf beim NDR und ZDF kündigt sie ihren Suizid mit den Worten an: „Ich möchte, dass Ausländer nicht nur das Recht haben, wie Menschen zu leben, sondern auch das Recht haben, wie Menschen behandelt zu werden. Das ist alles. Ich will, dass die Menschen sich lieben und akzeptieren.“

Am 24. Mai 1982 verbrennt sich Semra Ertan an der Kreuzung Simon-von-Utrecht-Straße/Detlev-Bremer-Straße auf St. Pauli öffentlich selbst. Nach zwei Tagen im Koma verstirbt sie an den Folgen ihrer Verbrennungen. Es ist der Tag ihres 25. Geburtstags.

Lange ist Semra Ertans Werk in Deutschland weitgehend unbekannt. Das ändert sich 2018, als ihre Schwester Zühal Bilir-Meier und deren Tochter Cana die Initiative in Gedenken an Semra Ertan gründen und Gedenkveranstaltungen in Hamburg organisieren. Es sind auch diese beiden Frauen, die aus den etwa 350 hinterbliebenen Gedichten 82 auswählen und im Dezember 2020

den zweisprachigen Gedichtband „Mein Name ist Ausländer/Benim Adım Yabancı“ herausbringen.

Seit ein paar Jahren wird an dieser Stelle von der Initiative und Unterstützern ein öffentlicher Gedenkort eingefordert. Ein bislang namenloser kleiner Platz an der Kreuzung der Straßen Clemons-Schultz-, Detlev-Bremer- und Annenstraße bietet sich an, neben dem Namen von Semra Ertan auch eine Gedenktafel anzubringen. Rund 150 Personen unterstützten dieses Anliegen bei einer Gedenkveranstaltung am 20.5.23.

Erstmalig wurde dieses Anliegen am 1.6.23 im Quartiersbeirat Wohlwillstrasse vorgestellt. Da viele im Umkreis wohnen, gab es keine lange Diskussion. Fast alle Anwesenden (auch die drei Parteienvertreter:innen von SPD, Grüne und Linke) unterstützen das Anliegen der Platzbenennung und wollen um Unterstützung des Cityausschusses der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte und der Verwaltung bitten.

Gedenken braucht auch einen Ort

Semra Ertan ist ein Teil Hamburger Geschichte. Wir fordern einen Semra-Ertan-Platz auf St. Pauli: Einen Ort des Gedenkens, an dem wir an Semra Ertan erinnern können. Einen Ort des Verlernens von Diskriminierungen, des Widerstands gegen rassistische, antisemitische und rechte Gewalt und des Erlernens eines solidarischen Zusammenlebens (aus Text der Initiative; zusammengestellt von -ena, auch Foto Gedenkfeier).



Sonnige Friedenskundgebung – Dialog statt Aufrüstung und Schwarz-Weiß-Denken

An der Friedenskundgebung am Sonnabend den 27.05. auf der Elbuferpromenade gegenüber der U-Bahn Baumwall nahmen rund 300 Menschen teil, viele weitere Menschen blieben stehen und hörten Redebeiträgen und Musik zu.

Die Bands von Rene Tenenjou, Murat Ince und MC Martin D sorgten mit Musik zwischen Reggae, Rock und Soul mit gesellschaftskritischen und politischen Texten für Unterhaltung. In einem Redebeitrag kritisierte der Bundestagsabgeordnete und Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, Andrej Hunko, die den Krieg in der Ukraine eskalierende Haltung der Bundesregierung und die dem „Mc Carthyismus“ ähnelnde zunehmende Mentalität der Ausgrenzung gegenüber der Friedensbewegung und nicht dem Mainstream entsprechenden Künstler_innen, wie z.B. Roger Waters. Diese auf Schwarz-Weiß-Denken basierende Haltung nehme bedenkliche Ausmaße an und werde leider auch von Teilen der gesellschaftlichen und parlamentarischen Linken reproduziert. Er forderte ein sofortiges

Engagement der Bundesregierung für Verhandlungen anstatt Waffenlieferungen an die Ukraine. Christin Bernhold von Bildung ohne Bundeswehr betonte, dass wir uns im eigenen Land für Frieden einsetzen und dafür letztlich den Kapitalismus und Imperialismus überwinden müssen. Die Kriege würden auf dem Rücken der Bevölkerungen ausgetragen. Der fraktionslose Bürger-schaftsabgeordnete Mehmet Yildiz bekräftigte, dass es letztendlich immer die Arbeiter_innen sind, die in Kriegen sterben, während die Rüstungskonzerne, auch im Hamburger Hafen, mit Milliarden Gewinnen Profite machen. Metin Kaya von der Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft benannte die Vielzahl der weltweiten Kriege und rief zu einer konsequenten Friedenspolitik auf. Rahime Sürücü von der Weltnatur Bürgerinitiative machte auf den Zusammenhang von Kriegen und Naturzerstörung aufmerksam. Die afghanische Juristin Najia Afshari kritisierte die geostrategische und zerstörerische Vorgehensweise der NATO in Afghanistan und skizzierte die Unterdrückung der Frauen unter den Tali-

ban. Holger Griebner vom Hamburger Forum skizzierte die historische Entwicklung des Ukrainekriegs, unter anderem durch die NATO-Osterweiterung und kritisierte die Spaltungsversuche gegen die Friedensbewegung.



Martin in Aktion ... Foto ©MY

Zwei Tage vor der Veranstaltung hatten zwei ukrainische Nationalist_innen auf Twitter versucht die Kundgebung als Querfrontveranstaltung zu denunzieren. Neben der Haltlosigkeit der Vorwürfe ist besonders paradox, dass gerade Menschen, die auf Twitter direkt mit dem Bandera-Anhänger und ehemaligen ukrainischen Botschafter in Berlin, Andrij Melnyk, verbunden sind, meinen sie wären ein Gradmesser für linke Veranstaltungen. Bandera war ein Kollaborateur mit den Nazis im 3. Reich und ist für Kriegsverbrechen in Polen und der Ukraine bekannt. Er wird in der Ukraine gemäß Staatsdoktrin verehrt. Bedenklich ist, dass ukrainische Nationalist_innen

versuchen sich zurzeit bundesweit in linke Bündnisse einzumischen und mit Beiträgen über Social-Media jede kritische Stimme gegen Waffenlieferungen mit Scheinargumenten und Denunziation bekämpfen.

Murat Ince thematisierte in seinen Liedern unter Anderem den Friedensruf eines Sohnes, der seiner Mutter erklärt, warum er nicht in den Krieg ziehen will und dass sie den kriegstreiberischen Lügen im Fernsehen nicht glauben sollte. MC Martin D thematisierte, dass zwar dem Krieg in der Ukraine große Aufmerksamkeit gewidmet werde, jedoch die ethnischen Säuberungen gegen Kurd_innen und Ezid_innen durch die türkische Armee und Islamist_innen in Afrin (Nordsyrien), die auch von der UN dokumentiert sind, kaum benannt würden. Selbst derart unmenschliche Vorgehensweisen würden nicht verhindern, dass weiter deutsche Panzer an die Türkei geliefert werden. Rene Tenenjou rief mit dem Lied „No Woman no cry“ von Bob Marley für die Gleichberechtigung der Frauen auf und thematisierte in weiteren Liedern die Situation in Westafrika.

„Die Kundgebung, die als Fortsetzung der Friedensfrühstücke gedacht war, hat die Teilnehmer_innen sichtbar zu Diskussionen und zum Tanzen angeregt und war bei sonnigem Wetter ein klares Signal für den Frieden. Wir haben auf der Promenade mit einer Mischung aus Politik und Kultur viele Menschen erreicht und werden diesen Sommer noch weitere kleine Feste für den Frieden organisieren“, erklärt **Mehmet Yildiz**.

Preis „Verantwortung – Damals und heute“ 2023

Die Bezirksversammlung Hamburg-Mitte hat in Gedenken an Esther Bejarano in diesem Jahr zum zweiten Mal den Preis „Verantwortung - damals und heute“ vergeben, um herausragendes zivilgesellschaftliches Engagement im Sinne von Esther Bejarano sichtbar zu machen, zu ehren und zu fördern. Der Preis zeichnet Vereine, Initiativen oder Einzelpersonen aus, die sich ehrenamtlich für die Hamburger Erinnerungskultur und Gedenkarbeit engagieren oder sich für Demokratieförderung, Toleranz und Mitmenschlichkeit in der Gesellschaft einsetzen.

Mit dem Hauptpreis "Verantwortung – damals und heute" 2023 zeichnete die Jury das langjährige Engagement von **Bernhard Esser** aus. Sein Vater, Onkel und Opa engagierten sich während der NS-Zeit politisch gegen die Nazis. Bereits 1933

wurden die beiden Brüder und ihre Schwester verhaftet und in die Gestapo-Zentrale an der Stadthausbrücke gebracht, wo alle drei misshandelt worden sind. Noch in der Nacht der Einlieferung wurde der Onkel, Alwin Esser, so stark misshandelt, dass er nicht überlebte. Er starb mit 21 Jahren. Die anderen Familienmitglieder überlebten die Nazi-Herrschaft. Seine Familiengeschichte hat Bernhard Esser sehr geprägt, die Auseinandersetzung mit dem Thema Nationalsozialismus in Hamburg und die Aufklärung über die NS-Verbrechen sind seine wichtigste Lebensaufgabe. Seit 2003 ist Bernhard Esser Mitglied im Vorstand des Freundeskreises der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, engagiert sich für viele Erinnerungsprojekte und spricht mit Schülerinnen und Schülern.

Mit dem Förderpreis "Verantwortung – damals und heute" 2023 wurden **Schülerinnen und Schüler der Philosophiekurse des 9. Jahrgangs** sowie die **Lehrerinnen Henrike Jessen-Albites und Cordula Möller des Gymnasiums Struensee** ausgezeichnet.



Bernhard Esser bei seiner Dankesrede

In dem Projekt „**Was war damals los? Die NS-Zeit in unserem Viertel**“ haben Schülerinnen und Schüler zu verschiedenen Themenbereichen geforscht: das Israelitische Krankenhaus, der FC St. Pauli, verschiedene Opfergruppen in St. Pauli, das Chinesenviertel, die Israelitische Töchterchule, die Polenaktion und die Familie Wohlwill. Entstanden sind ein Podcast, Stellwände, Interviews, eine Website, digitale Präsentationen sowie ein Info-Ordner zu Rassismus, Ausgrenzung und Eliminierung anderer Gruppen wie behinderten Menschen, Homosexuellen und politisch Linken. Mit dem Preisgeld möchten die Schülerinnen und Schüler eine Podiumsdiskussion zum Thema „Was ist Rassismus?“ finanzieren.

Die Preisträger:innen des Hauptpreises und des Förderpreises wurden am 3. Mai 2023 bei einer feierlichen Preisverleihung im Innenhof des Museums für Hamburgische Geschichte ausgezeichnet.



Blick auf die Preisverleihung am 3. Mai

Bezirksamtsleiter Ralf Neubauer: „In den einzelnen Stadtteilen des Bezirks Mitte finden seit vielen Jahren zahlreiche Aktivitäten statt, um das Gedenken aufrecht zu erhalten und auch den nachfolgenden Generationen zu vermitteln. Die Arbeit dieser – oft ehrenamtlich tätigen – Initiativen soll durch den Preis gewürdigt werden.“

Der Preis wird im Rahmen der **Woche des Gedenkens Hamburg-Mitte** verliehen, die jährlich vom 20. April bis 8. Mai stattfindet und ist mit 2000 Euro dotiert. Zusätzlich wird ein Förderpreis in Höhe von 500 Euro vergeben für die Umsetzung geplanter Projekte in diesem Bereich, die neu entstehen oder fortgeführt werden sollen. Für den Förderpreis können sich auch Schulen bewerben.

Über die Preisvergabe entscheidet eine unabhängige Jury, in der Expertinnen und Experten aus der Erinnerungskultur und der Geschichtswissenschaft vertreten sind.

Die Jury 2023:

Joram Bejarano

Prof. Dr. Detlef Garbe, Vorstand der Stiftung Hamburger Gedenkstätten a.D.

Prof. Dr. Rainer Hering, Historiker und Archivar
Helga Obens, Auschwitz-Komitee

Carina Oestreich, Vorsitzende der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte

*(Die **Woche des Gedenkens** und der Preis sind auf Initiative der LINKSfraktion entstanden. Text von der Webseite der WdG, Fotos Maureen Schwalke; -red)*

Unser neues Lastenrad



Unser neues Lasten E-Bike

Am 20.5. war die Stadtteilgruppe Wilhelmsburg/Veddel mit dem neuen Lastenrad der Bezirksfraktion im Reiherstiegviertel. Wie jeden Samstag fand auf dem Stübenplatz der bunte Wochenmarkt statt und wir konnten dort einige gute Gespräche unter anderem zu unserem Konzept einer Stadtbahn und unserer Wohngeld-Kampagne führen. Neben Flyern zu diesen beiden wichtigen Themen wurde auch unser aktueller Friedensflyer "Stoppt die Eskalation!" gerne angenommen. Als absoluter Renner erwiesen sich zudem unsere Samentütchen. Und wenn die Wochenmarktbesucher beim Blühen der Blumen auf ihrem Balkon oder im Kleingarten in den nächsten Wochen an unsere Partei denken, ist das auf jeden Fall eine wunderbare Assoziation.

Das neue Lastenrad ist übrigens ein echtes Schmuckstück – wie man/frau auf den Fotos unschwer erkennen kann. Und da es sich hier um ein E-Bike handelt, ist die Fahrt von der Borgfelder Straße zum Stübenplatz und zurück laut unserem Bezirksabgeordneten Marinus auch sehr entspannt gewesen. Ehrlich gesagt war ich im Vorfeld etwas skeptisch, ob ein mondänes Lasten-E-Bike vielleicht doch ein wenig zu Schickimicki für unsere Partei rüber kommt und in Wil-

helmsburg auf Befremden stößt (Die in den letzten Jahren im Rahmen der Gentrifizierung vermehrt ins Reiherstiegviertel gekommenen Hipster finden schicke Lasten-E-Bikes natürlich per se cool, aber die bilden bisher noch nicht die Mehrheit im Reiherstiegviertel.) Diese Sorge hat sich Gott-sei-Dank nicht bewahrheitet! Demnach kann ich das neue Lasten-E-Bike allen Stadtteilgruppen nur wärmstens weiterempfehlen.



Men in Black: Friedrich und Marinus

Verbesserungswürdig an unserer Performance sei allerdings die Klamottenfarbauswahl von Marinus und meiner Wenigkeit, wie mir ein Bekannter beim Anblick des Fotos süffisant mitteilte. Statt „Men in Black“ sollten wir doch in Zukunft farbenfroher an Infoständen auftreten. Diesen Ratschlag habe ich gerne angenommen und mir direkt ein Hawaiihemd gekauft.

Sven Friedrich Wiese/Marinus Stehmeier (Fotos)

Für eine solidarische Stadt – anstatt Ausverkauf an Investoren

Mit viel Pathos hatte die SPD im Februar 2018 die konkreten Pläne für das gigantische Projekt Elbtower vorgestellt. Mit etwa 235 Metern und 65 Stockwerken soll der Tower nun das dritthöchste Hochhaus der Bundesrepublik werden. Hauptprofiteur ist die Signa-Gruppe des österreichischen Immobilienspekulanten René Benko, gegen den gerade in Österreich wegen Bestechung in einem Steuerverfahren sowie wegen Korruption in einem weiteren Verfahren ermittelt wird. 2014 wurde er bereits wegen Korruption verurteilt.

Benko hat Galeria-Karstadt Kaufhof erst gekauft und dann zweimal in die Insolvenz geführt und statt der Sanierung mithilfe von erhaltenen staatlichen Geldern (mehrere hundert Millionen) nach der ersten Insolvenz zusätzlich Sport Scheck gekauft. Trotz Warnungen vor dem Investor in renommierten Wirtschaftsmagazinen, seitens NGOs (vor der Praxis Steuern durch Umverteilungen von Gewinnen über die Familienstiftung in Luxemburg zu umgehen) und durch Politiker_innen hält der Senat an der Zusammenarbeit mit Benko fest und steckt den Kopf vor allen Risiken in den Sand.

Der Bau des Elbtowers muss sofort gestoppt werden. Ansonsten droht eine Wiederholung der Erfahrungen bei der Elbphilharmonie. Ein Investor verdient sich dumm und dämlich und die Steuerzahler_innen bezahlen am Ende die Zeche.

Eine solidarische Stadt für alle!

Wir brauchen ein grundsätzliches Umdenken. Die Stadt muss solidarisch im Sinne der Bevölkerung und nicht im Sinne einiger Investor_innen gestaltet werden. In Hamburg leben über 2000 Menschen obdachlos auf der Straße, mehr als 20 Menschen sind im Winter auf der Straße gestorben, über 19.000 Menschen sind Wohnungssuchend.

Knapper Wohnraum ist in Hamburg ein großes Problem – und vor allem Wohnen zu bezahlbaren Preisen ist oft kaum mehr möglich. Der viel gepriesene Drittmix – dieses Jahr wurden weniger als 1000 Sozialwohnungen gebaut – ist eigentlich ein Aufbauprogramm für Eigentumswohnungen, da diese zu Anfang des Programms nur 26% ausmachten. Wir brauchen nicht immer mehr investorenfreundliche Großprojekte wie den Elbtower, sondern ein vernünftiges Programm für sozialen Wohnungsbau und Stadtentwicklung.

Nein zum Leerstand

Momentan erzielen Immobilienbesitzer durch gewerbliche Flächen deutlich höhere Nettokaltmiete-

ten, als es bei Wohnimmobilien der Fall wäre. Und selbst wenn kein Mieter gefunden wird, so lohnt sich der Leerstand eher als die Vermietung oder die Umwandlung in Wohnraum, weil die steuerliche Absetzbarkeit von Leerstand lukrativer ist. Dieses Geschäftsmodell ist trotz Reformen wie der Mietpreisbremse, die kaum funktioniert, gesetzlich so gewollt. Anders als bei Wohnraum besteht zudem keine Verpflichtung, den Raum zu vermieten. Gepaart mit dem Neubau weiterer Gewerbeflächen entsteht so ein explosiver Sprengstoff für die Bezieher_innen niedriger und mittlerer Einkommen.

Eine sofortige Möglichkeit zur Verbesserung der Lage wäre, leer stehende Flächen notfalls zu beschlagnahmen und in staatlicher Eigenregie in Wohnfläche umzuwandeln. Die entsprechenden Anforderungen daran sollten gesetzlich geregelt werden, um eine bindende Wirkung erzielen zu können.

Nein zur Ausgrenzung der Arbeiterstadtteile!

Seit Jahren werden zudem Stadtteile wie Billstedt, Mümmelmannsberg, Osdorfer Born oder Steilshoop vom Wohlstand abgehängt. Dies hat nicht nur ökonomische Hintergründe, vielmehr wird diese Entwicklung durch die Stadtentwicklungspolitik des Senates gefördert, zum Beispiel durch seine Verkehrspolitik. Das zeigt sich in der Hafencity und an den Elbbrücken: Während hier für nicht einmal 3.000 (Hafencity) wohlhabende Einwohner_innen (an den Elbbrücken wohnt kaum ein Mensch) in Rekordzeit eine U-Bahn gebaut wurde, warten 20.000 Steilshooper_innen seit einem halben Jahrhundert auf eine versprochene U-Bahnanbindung. Am Osdorfer Born warten die Menschen ebenfalls seit Jahrzehnten auf eine S-Bahn Verbindung.

Selbst Ex-Bürgermeister Henning Voscherau, von dem die Idee der Hafencity stammte, bezeichnete den vollkommen sinnlosen Tunnelbau vom Jungfernstieg bis zur Hafencity als „Liebediener-ei“ gegenüber den Investoren.

Eine lebenswerte Stadt für alle!

Wir sollten auch zum Ziel haben die sozialkulturelle Infrastruktur in allen Bezirken zu fördern, um so ein Zusammenleben aller gesellschaftlichen Gruppen und Milieus in den Stadtteilen zu ermöglichen. Die Wohnungsbaupolitik in Wien zeigt eine eindrucksvolle Alternative auf. Momentan gehören der Stadt Wien 200.000 Wohnungen, weitere 220.000 hat sie finanziell gefördert. Dadurch leben 2/3 der Wiener Bevölkerung in sozial geförderten Wohnungen bzw. einer Gemeindewoh-

nung. Die Nettokaltmieten liegen hier zwischen 3 und 10 Euro pro Quadratmeter, private Wohnungsvermieter verlangen das Doppelte.

Wien als Vorbild!

Das Wiener Modell gilt europaweit bei Sozialpolitikern_innen als voller Erfolg, „Problemviertel“ und Diskriminierung gibt es kaum. Michael Ludwig, Wiener Stadtrat, sagt mit Blick auf andere europäische Metropolen: „Die Adresse soll nicht Auskunft geben, was wer verdient, was man sich leisten kann und da gibt es durchaus Beispiele in anderen europäischen Städten, die für mich nicht nachahmenswert sind.“

Wir dürfen die Stadtteilpolitik nicht mehr den Investoren und Spekulanten überlassen.



Vernünftige Sofortmaßnahmen wären:

- Sofortiger Stopp des Baus des Elbtowers
- Leerstehende städtische Wohnungen müssen sofort für Wohnungslose und Flüchtlinge zur Verfügung gestellt werden.
- Teile des aktuellen Leerstandes an Büroflächen von 900.000 Quadratmetern muss in Unterkünfte umgewandelt und vorwiegend für die Unterbringung von Geflüchteten und Wohnungslosen sowie als Sozialwohnungen genutzt werden.
- Die städtischen Freiflächen dürfen nicht an Investoren vergeben werden, um kurzfristige Profiteressen zu befriedigen
- Die städtischen Freiflächen müssen von der Hansestadt Hamburg genutzt werden, um städtische Wohnungen zu bauen, die bezahlbaren Mieten ermöglichen.

- 10.000 bis 15.000 neue Sozialwohnungen mit unbefristeter Bindung sollen gebaut werden zusammen mit soziokultureller Infrastruktur, mit einer jährlichen Fördersumme von rund 500. Mio. Euro. Damit sollen vor allem städtische Unternehmen ohne Profitorientierung und Genossenschaften beauftragt werden.

Um keine abgehängten Stadtteile entstehen zu lassen, muss neben dem sozialen Wohnungsbau auch die soziale Infrastruktur (Ärzte, Kultur- und Jugendeinrichtungen, Schulen, Kitas, Sportanlagen und ÖPNV etc.) der einzelnen Bezirke und Stadtteile weiter ausgebaut werden. Nicht das Einkommen darf für die Wahl des Wohnortes innerhalb Hamburgs entscheidend sein.

Solidarische Stadt geht nur durch Umverteilung

Solange Investoren in Hamburg Leerstand von der Steuer absetzen können, wird sich die Praxis des Leerstands von Büroräumen auch nicht ändern. Vor den schicken leeren Bürogebäuden werden weiter Winter für Winter Obdachlose die ganze Nacht frieren und im Winter und im Sommer in der Innenstadt um die notwendigen Cent und Euro bitten. Der Senat muss Geld in die Hand nehmen, um soziale Einrichtungen ausreichend zu finanzieren und den sozialen Wohnungsbau zu fördern und nicht immer weiter Placeboprogramme auflegen, die letztlich mehr den Investoren und ohnehin Wohlhabenden dienen.

MEHMET YILDIZ, MdHB

Billstedter Hauptstraße 78
22117 Hamburg

Sozialberatung Montag und Dienstag
von 13:00 – 15:00 Uhr

Tel.: 040 / 361 929 52

E-Mail: mehmet.yildiz.mdhb@gmail.com

<http://mehmet-yildiz.de>

[facebook.com/YildizMehmetHamburg](https://www.facebook.com/YildizMehmetHamburg)

[instagram.com/mehmetyildizmdhb](https://www.instagram.com/mehmetyildizmdhb)

twitter.com/MehmetYildizHH1

[tiktok.com/@mehmetyildizmdhb](https://www.tiktok.com/@mehmetyildizmdhb)

(Flyertext, zur Verfügung gestellt von Mehmet Yildiz/Martin Dolzer - red)

Termine in (und für) Mitte

Immer freitags, 17 bis 18 Uhr

Mahnwache für den Gedenkort Stadthaus
Stadthausbrücke

Dienstag, 06.06., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Büro Georg-Wilhelmstraße 7 a

Donnerstag, 08.06., 18:00 Uhr;

Treffen der **Stadtteilgruppe HaHoBo**
Büro Borgfelder Str. 83

Montag, 12.06., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

Donnerstag, 15.06., 18:30 Uhr

Bezirksmitgliederversammlung

Alev. Gemeinde, Nobistor 33-35 s.S. 2

Donnerstag, 15.06., 19:30 Uhr

Treffen der **BO St. Pauli**

Achtung: Neuer Ort!

"Buttclub", St. Pauli-Hafenstraße 126

Montag, 19.06., 18:30 Uhr fällt aus

Treffen der **BO Billstedt**

Mittwoch, 21.06., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

Donnerstag, 22.06., 17:30 Uhr

Öffentliche Sitzung der Bezirksversammlung
Caffamacherreihe 1-3, 11. OG

Samstag, 23. + Sonntag 24.06, jeweils 9 Uhr

Landesparteitag, parteiöffentlich
Haus des Sports, Schäferkampsallee 1

Juli 2023

Dienstag, 04.07., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Büro Georg-Wilhelmstraße 7 a

Donnerstag, 06.07., 19:00 Uhr;

Treffen der **Stadtteilgruppe HaHoBo mit der BO Billstedt**
Büro Borgfelder Str. 83

Donnerstag, 06.07., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Billstedt mit HaHoBo**
Büro Borgfelder Str. 83

Mittwoch, 19.07., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
GW, Hansaplatz 9

Donnerstag, 20.07., 19:30 Uhr

Treffen der **BO St. Pauli**
"Buttclub", St. Pauli-Hafenstraße 126

Die **Finkenlinke** trifft sich nach Absprache.
Kontakt: Kerstin Fremder-Sauerbeck
fremdes@gmx.de

Sozialberatung von Quentin Villwock:
- fällt erst mal weiter aus -

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der
Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Nilüfer Aydin		
Alexander Benthin		
Maria Bronner		
Kerstin Fremder-Sauerbeck		
Andreas Grünwald (Schatzmeister)		
Ruben Hittmeyer	0179 922 60 59	rhitt@gmx.net
Jörg Otto		
Suna Sahin		
Norbert Weber		
Petra Zepter	0176 458 13 959	petra.zepter@posteo.de
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
Facebook	https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/	
Im Netz:	http://www.die-linke-hamburg-mitte.de	
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteNmang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de

Spendenkonto DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX

Solidarität mit allen Obdachlosen – Wohnungen statt Verdrängung und Ausgrenzung

Die verstärkten Vertreibungen in der Hamburger Innenstadt halten an. Mit den Aussagen von Sozialsenatorin Schlotzhauer werden bettelnde und obdachlose Menschen als 'aggressive Bettler' stigmatisiert und kriminalisiert. Den Betroffenen bleibt kaum eine Möglichkeit, sich gegen diese Vorwürfe zu wehren. Ihr dringender Appell nach dem grundlegenden Recht auf eine menschenwürdige Unterkunft und angemessenen Wohnraum bleibt unbeachtet. Der Hamburger Senat schweigt dazu und die Sozialbehörde versinkt in Selbstlob, während die Verelendung der Menschen auf den Straßen zunimmt.

Ein zentrales Problem in Hamburg bleibt, dass es nicht ausreichend angemessene Unterkünfte gibt. Da es an Schutzräumen fehlt, ist der öffentliche Raum oft der letzte verbleibende Ort für obdachlose Menschen und seit einigen Monaten wird auch dieser ihnen streitig gemacht. Selbsthilfe und soziale Hilfe werden durch die täglichen Vertreibungsmaßnahmen massiv erschwert oder sogar verunmöglicht, sodass die Arbeit der Polizei zu einer Gefährdung und Nicht-Wahrung der Grundrechte beiträgt. Obdachlose Menschen werden systematisch aus dem öffentlichen Raum verdrängt, ob durch Stadtplanungs- und architektonische Projekte oder durch Platzverweise und ‚Weckdienste‘ der Polizei.

Durch das repressive Vorgehen von Senat und Polizei wird die Not der Menschen auf der Straße verstärkt und verschleiert. Bis heute bleibt ungeklärt, wer der Polizei den Auftrag zur Verdrängung aus der Innenstadt gegeben hat. Feststeht: Betteln ist nicht verboten und die Polizei löst keine sozialen Probleme. Die Straßensozialarbeit, welche regelmäßig obdachlose Menschen an ihren gewöhnlichen Aufenthaltsorten aufsucht, verkommt zur 'suchenden' Straßensozialarbeit. Soziale Kontakte von obdachlosen Menschen werden durch die Verdrängung abgebrochen und eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben rückt in weite Ferne.

Es reicht nicht sich auf dem bestehenden Hilfesystem auszuruhen. Der Hamburger Senat muss neue Wege einschlagen, damit Obdachlosigkeit bis 2030 der Vergangenheit angehört. Dafür braucht es strukturelle und gesellschaftliche Veränderungen: Genügend und angemessene Unterkünfte, ausreichend und bezahlbaren Wohnraum sowie ein menschenwürdiges Existenzminimum unabhängig von der Staatsangehörigkeit.

Deswegen rufen wir von der Initiative Solidarische Straße dazu auf am 17.06. gemeinsam mit uns auf die Straße zu gehen. Lasst uns erneut ein Zeichen der Solidarität mit allen obdachlosen und bettelnden Menschen setzen!

Wir fordern daher den Hamburger Senat und die Polizei Hamburg dazu auf:

- Vertreibung und Kriminalisierung von obdachlosen und bettelnden Menschen sofort beenden! Schluss mit der Ausgrenzungspolitik!
- Gewährleistung der Existenzgrundlage von Obdachlosen! Arbeitserlaubnis und Zugang zu Sozialleistungen (z.B. Bürgergeld & Sozialversicherung) für alle Obdachlosen egal welcher Staatsangehörigkeit!
- Das Thema Obdach- und Wohnungslosigkeit lässt sich nicht verdrängen, sondern bedarf aktives Handeln und politische Lösungen: Wir fordern ein Ende von Obdachlosigkeit und Verdrängung! Wohnraum für alle! Soziale Lösungen für soziale Probleme!

- Defund the police: Statt Millionen Euro in Kriminalisierung und Verdrängung zu stecken, fordern wir den Ausbau von sozialer Infrastruktur für wohnungs- und obdachlose Menschen in Hamburg!

An alle Hamburger*innen:

- Setzt euch mit den Themen Armut und Obdachlosigkeit auseinander! Schaut nicht weg!
- Solidarisiert euch mit allen obdachlosen und bettelnden Menschen! Seid aufmerksam bei Polizeikontrollen und mischt euch ein!
- Werdet laut gegen Verdrängung, Kriminalisierung und Vertreibung! Soziale Missstände gehen uns alle etwas an!

Kommt am 17.06. um 12:00 Uhr zum Jungfernstieg und setzt ein Zeichen der Solidarität.

Kontakt: iss@systemli.org